

Große Anfrage der Fraktion der CDU***Zukunft der erneuerbaren Energien***

Auch in Zukunft ist ein ausgewogener, nachhaltiger Energiemix aller Energieträger sinnvoll und notwendig. Ziel der Förderung der erneuerbaren Energien muss es deshalb sein, neue Anreize zur Weiter- bzw. Neuentwicklung zu schaffen und gleichzeitig die erneuerbaren Energien möglichst schnell zur Wirtschaftlichkeit hinzuführen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Diesem Anspruch wird die am 1. August 2004 in Kraft getretene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nicht gerechnet.

Der staatliche Anteil am Strompreis liegt heute bei über 40 Prozent. Die staatlich verursachte Belastung ist von rund 2 Mrd. Euro im Jahr 1998 um das Sechsfache auf heute rund 12 Mrd. Euro angestiegen. Davon entfielen 2003 rund 6,5 Mrd. Euro auf die Stromsteuer und rund 2 Mrd. Euro auf die Förderung erneuerbarer Energien. Für einen Drei-Personen-Durchschnittshaushalt bedeutet dies insgesamt, bezogen auf den Strompreis, eine zusätzliche Belastung durch staatliche Abgaben von ca. 160 Euro im Jahr. Durch die Novellierung des EEG wurde die Förderung weiter ausgeweitet, was zu weiteren Belastungen für die Stromverbraucher führen wird. Um erneuerbaren Energien eine langfristige und wirtschaftliche Perspektive zu bieten und um insbesondere die positiven Umweltschutzgesichtspunkte weiter zu fördern, bedarf es einer Neuausrichtung der Förderpolitik.

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Höhe werden regenerative Energien in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern gefördert?
2. Wie haben sich die Strompreise seit Einführung des EEG in Deutschland für den Endverbraucher verändert?
3. Wie hoch sind im Vergleich zu anderen EU-Ländern die deutschen Strompreise für den Endverbraucher?
4. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat darüber vor, in welchem Umfang Verbraucher selbst erzeugte regenerative Energie selber nutzen oder aber in das Netz speisen und somit verkaufen?
5. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, wie viele Bürger Pro-Natura-Strom von der swb beziehen?
6. Wie bewertet der Senat die Prognose, dass es trotz des EEG langfristig auch weiterhin zu Stromimporten kommen wird, und wie bewertet der Senat die Sicherheitsstandards der Exportländer im Bereich der Atomenergie?

Frank Imhoff,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU